**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
RATES**

**Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
34. Rat 2004-2009
Sitzungsdatum:
22.04.2008**

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 22.04.2008

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll versammelte sich heute um 18:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Rat der Stadt Übach-Palenberg

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung
2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates aus öffentlicher Sitzung vom 18.09.2007
3. Wiederwahl des Ersten Stadtbeigeordneten Piotrowski
4. Bebauungsplan Nr. 91 - Bahnhofsumfeld - 2. Änderung
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss
5. Bauantrag "Carolus-Park" Einrichtung von 2 Praxen und eines Sanitätshauses
Hier: Zulässigkeit eines Sanitätshauses
6. EuRegionale 2008
hier: Vorstellung Beleuchtungskonzept Wasserturm
7. Änderung der Gebührensatzung der Stadt Übach-Palenberg für die Benutzung des Ü-Bades
8. Antrag BSSH, Ortsgruppe Übach-Palenberg auf Aufnahme in die Förderliste caritativer Vereine
9. Bereitstellung von über- und außerplanmäßigen Haushaltsmitteln
10. Neufassung der ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass
11. Genehmigung der Vorschlagsliste für die Wahl der Haupt- und Hilfsschöffen für die Geschäftsjahre 2009-2013 (verschoben in den nicht-öffentlichen Teil)
12. Änderung des Stellenplanes

- 12.1. Sitzungsvorlage 1
- 12.2. Sitzungsvorlage 2
- 13. Wahl der Beisitzer/innen des Wahlausschusses und ihrer Stellvertreter/innen für die Kommunalwahl 2009
- 14. Umbesetzung von Ausschüssen
hier: Vorschlag nach § 50 III 5 GO NRW des Stadtverordneten Offermanns zur Neubesetzung des Stadtentwicklungs- und Umweltausschusses vom 20.03.2008
- 15. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 15.1. Antrag der SPD-Fraktion nach § 5 GeschO vom 31.03.2008 betr. Änderung der Gebührensatzung für die Nutzung des städtischen Hallenbades
- 16. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
- B) **Nichtöffentliche Sitzung**
- 17. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates aus nichtöffentlicher Sitzung vom 14.09.2008.
- 18. Vertragsangelegenheiten
- 18.1. Neuausrichtung der Kooperation der NVV mit der west
- 19. Vergabeangelegenheit
- 19.1. Kauf einer Kehrmaschine
- 19.2. Vorstellung und Beschluss eines Pflichtenheftes zur Durchführung einer Ausschreibung zur Herausgabe des Amtsblattes
- 20. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 20.1. Genehmigung der Vorschlagsliste für die Wahl der Haupt- und Hilfsschöffen für die Geschäftsjahre 2009-2013
- 21. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
- 21.1. Änderung des Stellenplanes; hier: Erläuterungen
- 21.2. Änderung des Stellenplanes; hier: Erläuterungen
- . Anfrage

ANWESENHEITSLISTE:

Stadtverordnete

Frau Bäbel Bartel	SPD	
Herr Sven Bildhauer	SPD	
Frau Roswitha Bischhaus-Trotnow	UWG	
Herr Bernhard Brade	CDU	
Herr Thomas Dieckmann	UWG	
Herr Herbert Fibus	SPD	
Herr Joachim Fröhlich	SPD	
Herr Fred Fröschen	CDU	
Herr Josef Fröschen	CDU	
Herr Peter Fröschen	CDU	
Frau Karin Fürkötter	SPD	
Herr Paul Josef Gerschel	SPD	
Frau Silvia Gillen	CDU	
Herr Gerhard Gudduschat	CDU	
Herr Herbert Konrads	CDU	
Herr Hans-Josef Krawanja	SPD	
Herr Leo Meertens	UWG	
Frau Petra Meyer	UWG	
Herr Manfred J. Offermanns	FDP	(bis TOP 20, 20:40 Uhr)
Herr Hans-Georg Overländer	SPD	
Herr Rainer Reißmayer	B'90/Die Grünen	
Frau Vera Sarasa	UWG	
Herr Wolfgang Schneider	SPD	
Herr Matthias Spätgens	SPD	
Herr Gerd Streichert	SPD	
Frau Erika Tanzer	SPD	
Herr Jörg Ulrich	CDU	
Herr Björn Utecht	B'90/Die Grünen	
Frau Corinna Weinhold	UWG	
Herr Heiner Weißborn	SPD	
Herr Hubert Wynands	CDU	

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll		
Herr Erster Stadtbeigeordneter Engelbert Piotrowski		(ab Ende TOP 3, 18:30 Uhr)
Herr Beigeordneter für Planen und Bauen Volker Schlüter		
Herr Kämmerer Bernd Schmitz		
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek		
Herr Stadtoberamtsrat Franz Janssen		
Herr Stadtoberamtsrat Ralf Kouchen		
Herr Stadtinspektor Björn Beeck		(zu TOP 21, 20:10 bis 20:40 Uhr)

Abwesende

Frau Eva Maria Piez	SPD
---------------------	-----

Gäste

Herr Dieter Johnen

Fa. AC Audit & Consult GmbH
(zu TOP 21, 20:10 bis 20:40 Uhr)

Herr Ludwig Buchbinder

Fa. Schmidt/Bechtle
(zu TOP 19.2, 20:05 bis 20:10 Uhr)

Schriftführer

Herr Stadtamtsrat Thomas Schröder

Bürgermeister Schmitz-Kröll stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest. Er begrüßte die Stadtverordneten, die Vertreter der Verwaltung, die Zuschauer und Vertreter der Presse. Er erklärte, dass die Verwaltung den Tagesordnungspunkt 5 „Bauantrag Caroluspark zur Einrichtung von zwei Praxen und eines Sanitätshauses“ zurückziehen wolle.

Er habe ein Schreiben des Architekten im Auftrag des Investors erhalten, in dem dieser sein Vorhaben zur Einrichtung eines Sanitätshauses zurückgezogen habe. Er verlas hierzu folgendes Schreiben:

„H. & R. Hansen,
Dipl. Ing. Architekten

22.04.2008

An den Bürgermeister der Stadt Übach-Palenberg
Herrn Paul Schmitz-Kröll
Rathausplatz 4
52531 Übach-Palenberg

Betr.: Errichtung eines Wohn- und Geschäftshauses - Wohnen am Caroluspark, Carlstraße, 52531 Übach-Palenberg
Gemarkung Übach-Palenberg, Flur 10, Flurstück 1510
Bauherr: van der Horst Immobilien GmbH, Postbus 220, NL-5360 AE Escharen-Grave
Geschäftszeichen und Bauschein-Nr. 63-657-2003;
Bezug: Nachtrag - Einrichtung Arztpraxis für Orthopädie, Sanitätshaus und Praxis für Krankengymnastik/Physiotherapie

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Schmitz-Kröll,

im Auftrag der Bauherrschaft van der Horst Immobilien GmbH teilen wir Ihnen mit, dass die zunächst vorgesehene Fläche im Erdgeschoss oben genannten Gebäudes für ein Sanitätshaus nicht in Frage kommt. Der mögliche Betreiber dieses Sanitätshauses steht nicht mehr zur Verfügung.

Die im Antrag gemachten Angaben zur Praxis für Orthopädie sowie zur Praxis für Krankengymnastik und Physiotherapie bleiben bestehen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. H. & R. Hansen“

Beschluss:

Folgender Punkt wird von der Tagesordnung abgesetzt:

**5. Bauantrag „Carolus-Park“ Einrichtung von zwei Praxen und eines Sanitätshauses
hier: Zulässigkeit eines Sanitätshauses**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte am Ende der nichtöffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten zu wollen.

A) Öffentliche Sitzung

1 **Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung**

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, im nichtöffentlichen Teil der Sitzung eine Anmerkung zum Protokoll der letzten Haupt- und Finanzausschusssitzung geben zu wollen.

Beschluss:

Die Niederschrift der letzten Ratssitzung vom 26.02.2008 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2 **Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates aus öffentlicher Sitzung vom 18.09.2007**

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates aus öffentlicher Sitzung vom 18.09.2007 wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

3 **Wiederwahl des Ersten Stadtbeigeordneten Piotrowski**

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass er den Ersten Stadtbeigeordneten Piotrowski zur Wiederwahl vorschläge.

Seit nunmehr 16 Jahren habe man gut zusammen gearbeitet, die Verwaltung und die Stadt in vielen Bereichen nach vorne geführt. Er bitte deshalb ausdrücklich darum, dem Verwaltungsvorschlag zur Wiederwahl des Ersten Stadtbeigeordneten Piotrowski zu folgen.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, dass sich die CDU-Fraktion einstimmig für die Wiederwahl des Ersten Stadtbeigeordneten ausgesprochen habe.

Stadtverordnete **Weinhold** beantragte geheime Abstimmung.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass aufgrund des Antrages der UWG-Fraktion die Verwaltung die entsprechenden Vorbereitungen zur Durchführung der geheimen Wahl treffen müsse und unterbrach die Sitzung um 18.15 Uhr für 10 Minuten.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung bat **Bürgermeister Schmitz-Kröll** um die Benennung von Abstimmungshelfern.

Von Seiten der Fraktionen und Parteienvertreter wurden hierzu folgende Stadtverordnete benannt: Peter Fröschen, Thomas Dieckmann, Paul Josef Gerschel

Gegen die Bestellung dieser Personen zu Abstimmungshelfern wurden keine Einwände oder Bedenken vorgebracht.

Zur eigentlichen Abstimmung standen eine Wahlkabine und eine Wahlurne bereit. Vor der Abstimmung überzeugten sich die Wahlhelfer davon, dass die Urne leer war.

Durch den Schriftführer wurden die Stadtverordneten und der Bürgermeister in alphabetischer Reihenfolge zur Abgabe ihrer Stimme auf einem Stimmzettel, der folgenden Wahlvorschlag enthielt, aufgerufen:

Wahlvorschlag:

Der Erste Stadtbeigeordnete Engelbert Piotrowski wird für die Dauer von 8 Jahren zum Ersten Stadtbeigeordneten der Stadt Übach-Palenberg wiedergewählt.

Der Stimmzettel bot die Möglichkeit zur Abgabe von:

Ja-Stimmen

Nein-Stimmen und

Stimmenthaltungen.

Nachdem der im Alphabet letztgenannte Stadtverordnete seine Stimme abgegeben hatte, erklärte **Bürgermeister Schmitz-Kröll** die Abstimmung für geschlossen.

Danach erfolgte die Auszählung der Stimmzettel. Insgesamt wurden 31 Stadtverordnete sowie der Bürgermeister zur Stimmabgabe aufgerufen. In der Urne befanden sich 32 Stimmzettel. Die Auszählung ergab folgendes:

Abstimmungsergebnis:

24 Ja-Stimmen

7 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

1 ungültige Stimme

Im Anschluss an die Auszählung bat **Bürgermeister Schmitz-Kröll** den Ersten Stadtbeigeordneten **Piotrowski** in den Sitzungssaal und gratulierte ihm zu seiner Wiederwahl.

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** erklärte, dass er die Wiederwahl gerne annehme und dankte dem Rat für die vertrauensvolle Zusammenarbeit in den letzten 16 Jahren. Er hoffe auch für die kommenden Jahre seiner Amtszeit weiterhin auf eine konstruktive Arbeit mit dem Rat zählen zu können. Er dankte auch den Kollegen des Verwaltungsvorstandes sowie seinen Mitarbeitern für ihre loyale und tatkräftige Arbeit. Er lud die Ratsmitglieder nach der Sitzung zu einem kleinen Umtrunk im Foyer des Ratssaales ein.

Den Glückwünschen an den Ersten Stadtbeigeordneten schlossen sich die Vorsitzenden der im Rat vertretenen Fraktionen sowie der Vertreter der FDP an.

Beschluss:

Für den Ersten Stadtbeigeordneten erfolgt unverändert eine Einweisung in die Planstelle der Besoldungsgruppe A 16 BBsG.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

- 4 Bebauungsplan Nr. 91 - Bahnhofsumfeld - 2. Änderung**
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss
-

Beschlusse:

1. Es wird festgestellt, dass im Rahmen öffentlichen Auslegung weder von Seiten der Öffentlichkeit noch von Seiten den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange Stellungnahmen vorgebracht wurden.

2. Die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 91 – Bahnhofsumfeld – wird gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

- 5 Bauantrag "Carolus-Park" Einrichtung von 2 Praxen und eines Sanitätshauses**
hier: Zulässigkeit eines Sanitätshauses
-

Der Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung abgesetzt.

- 6 EuRegionale 2008**
hier: Vorstellung Beleuchtungskonzept Wasserturm
-

Beigeordneter **Schlüter** erklärte, dass in der letzten Haupt- und Finanzausschusssitzung nachgefragt wurde, inwieweit die Installierung einer Photovoltaik-Anlage für die Beleuchtung möglich sei. Er erklärte, dass die entsprechenden Prüfungen ergeben hätten, dass gerade an dieser Stelle eine Photovoltaik-Anlage nicht sinnvoll sei, da es zusätzliche Probleme für den Ort der Aufstellung gebe. Man habe deshalb auf eine Insellösung verzichtet und verweise allerdings auf das Schulzentrum, in dem entsprechende Installationen für eine Photovoltaik-Anlage vorgesehen seien.

Beschluss:

Das vorgestellte Beleuchtungskonzept und der voraussichtliche Kostenaufwand werden zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird beauftragt, das Benehmen mit den zu beteiligenden Behörden herzustellen und die Maßnahme durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

26 Ja-Stimmen
6 Nein-Stimmen

7 **Änderung der Gebührensatzung der Stadt Übach-Palenberg für die Benutzung des Ü-Bades**

Beschluss:

Die in der Anlage beigefügte Gebührensatzung der Stadt Übach-Palenberg für die Benutzung des Ü-Bades wird beschlossen. Über eine Änderung dieses Satzungsentwurfes aufgrund eines Antrages der SPD-Fraktion wird unter Punkt 15.1 beraten.

(Die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

8 **Antrag BSSH, Ortsgruppe Übach-Palenberg auf Aufnahme in die Förderliste caritativer Vereine**

Beschluss:

Der BSSH wird in die Förderliste caritativer Vereine der Stadt Übach-Palenberg aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

9 **Bereitstellung von über- und außerplanmäßigen Haushaltsmitteln**

Beschluss:

Den über- und außerplanmäßigen Ausgaben wird entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung zugestimmt (Der Vorschlag der Verwaltung ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

- 10 Neufassung der ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass
-

Beschluss:

Aufgrund des Antrages des Aktionskreises „Pro Übach e.V.“ vom 30.03.2008 wird die ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass neu beschlossen (Die ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

- 11 Genehmigung der Vorschlagsliste für die Wahl der Haupt- und Hilfsschöffen für die Geschäftsjahre 2009-2013 (verschoben in den nichtöffentlichen Teil)
-

Der Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung in den nichtöffentlichen Teil verschoben.

- 12 Änderung des Stellenplanes
-

- 12.1 Sitzungsvorlage 1
-

Beschluss:

Im Unterabschnitt 230 (Gymnasium) wird eine Stelle der Entgeltgruppe 5 TVöD in eine Stelle der Entgeltgruppe 6 TVöD umgewandelt.

In den Unterabschnitten 220 (Realschule) (0,40 Stellenanteil) und 280 (Gesamtschule) (0,60 Stellenanteil), also insgesamt 1 Stelle der Entgeltgruppe 5 TVöD wird in eine Stelle der Entgeltgruppe 6 TVöD umgewandelt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

12.2 Sitzungsvorlage 2

Beschluss:

Im Unterabschnitt 405 (Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitssuchende) wird eine weitere Stelle mit der Entgeltgruppe 5 TVöD eingerichtet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

13 Wahl der Beisitzer/innen des Wahlausschusses und ihrer Stellvertreter/innen für die Kommunalwahl 2009

Von Seiten der Fraktionen wurde folgender einheitlicher Wahlvorschlag vorgebracht.

Bürgermeister Schmitz-Kröll beteiligte sich nicht an der Abstimmung.

Beschluss:

<u>Beisitzer</u>		<u>Stellvertreter</u>	
Sven Bildhauer	SPD	Hans-Georg Overländer	SPD
Paul-Josef Gerschel	SPD	Gerd Streichert	SPD
Bärbel Bartel	SPD	Wolfgang Schneider	SPD
Heiner Weißborn	SPD	Herbert Fibus	SPD
Rainer Reißmayer	B'90/Grüne	Björn Utecht	B'90/Grüne
Gerhard Gudduschat	CDU	Silvia Gillen	CDU
Wolfgang Jungnitsch	CDU	Oliver Walther	CDU
Herbert Konrads	CDU	Peter Fröschen	CDU
Thomas Dieckmann	UWG	Corinna Weinhold	UWG
Vera Sarasa	UWG	Jochem Deserno	UWG

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

14 Umbesetzung von Ausschüssen

hier: Vorschlag nach § 50 III 5 GO NRW des Stadtverordneten Offermanns zur Neubesetzung des Stadtentwicklungs- und Umweltausschusses vom 20.03.2008

Schriftführer **Schröder** verlas folgendes Schreiben:

„Manfred Offermanns, Kokoschkastr. 2, 52531 Übach-Palenberg
Mitglied im Rat der Stadt Übach-Palenberg für die FDP.

Sehr geehrter Herr Piotrowski,
sehr geehrte stellvertretende Bürgermeisterin Frau Piez,

hiermit möchte ich eine Umbenennung im Stadtentwicklungsausschuss vornehmen:

Mitglied im Ausschuss wird ab sofort:
Herr Peter Hermanns,
Aachener Straße 23 sein.

Mitglied und Stellvertreter ist ab sofort:
Herr Harry Werner
Friedensstr. 4 sein.

Möchte Sie bitten, dies dem Rat zur Abstimmung auf die nächste Tagesordnung zu setzen.

Mit liberalen Grüßen

gez. Manfred J. Offermanns“

Stadtverordneter **Offermanns** erklärte, dass der FDP-Stadtverbandsvorstand hierzu einen einstimmigen Beschluss gefasst habe. Er bitte die im Rat vertretenen Fraktionen seinen Vorschlag als Beschluss umzusetzen.

Stadtverordneter **Dieckmann** erklärte, dass es in der Vergangenheit sicher guter Brauch gewesen sei solche Vorschläge zu beschließen, jedoch liege im vorliegenden Fall seiner Fraktion ein Schreiben des auszutauschenden Ausschussmitgliedes und stellvertretenden FDP-Stadtverbandsvorsitzenden Frank Tuchtenhagen vor, der erklärte, dass ihm kein entsprechender Vorstandsbeschluss zur Umbesetzung des Ausschusses bekannt sei. Zudem sei auch mit ihm oder mit Herrn Mallmann, der ebenfalls als Stellvertreter zum Austausch vorgeschlagen worden sei, ein Gespräch diesbezüglich geführt worden. Von einer Zustimmung seiner Person könne deshalb keine Rede sein.

Man schlage deshalb vor, dass der Stadtverordnete Offermanns mit den beteiligten Personen Rücksprache nehmen solle, um die Angelegenheit einvernehmlich zu klären. Er regte hierzu an, den Vorschlag bis dahin zu vertagen und heute nicht zur Abstimmung zu stellen.

Stadtverordneter **Offermanns** erklärte, die Abstimmung heute durchführen lassen zu wollen.

Stadtverordneter **Dieckmann** beantragte daraufhin die geheime Abstimmung.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass es sich im vorliegenden Fall um parteiinterne Befindlichkeiten handele. Er sehe keinen Grund darin, dem Vorschlag des Stadtverordneten Offermanns deshalb nicht zu folgen.

Schriftführer **Schröder** stellte dar, dass das Verfahren zur Besetzung der Ausschüsse im § 50 Abs. 3 der Gemeindeordnung NRW geregelt sei. Der Gesetzgeber benenne hierbei drei Varianten für unterschiedliche Situationen.

Werde gemäß Abs.3 Satz 1 ein einheitlicher Wahlvorschlag vorgebracht und darüber abgestimmt, sei dieser nur dann angenommen, wenn der Rat einstimmig hierüber votiere. Liege kein einstimmiger Wahlvorschlag vor, so müsse gem. Abs 3 Satz 2 für die Besetzung nach den Grundsätzen der Verhältniswahl nach d'Hond in einem Wahlgang abgestimmt werden.

Bei Ausscheiden eines Ausschussmitgliedes habe nach Abs. 3 Satz 5 der Rat die Möglichkeit durch Mehrheitsbeschluss die Nachbesetzung vorzunehmen.

Im vorliegenden Fall sei jedoch das Ausschussmitglied nicht ausgeschieden, sondern solle durch einen Ersetzungsbeschluss des Rates ausgetauscht werden. Dieser Fall sei explizit nicht in der Gemeindeordnung geregelt und unter eine der drei Varianten zu fassen. Nach herrschender Lehre und Rechtsprechung sei hier die analoge Anwendung des § 50 Abs. 3 Satz 1 anzuwenden. Hiernach habe der Rat über einen einheitlichen Wahlvorschlag einen einstimmigen Beschluss zu fassen. Dies bedeute, dass schon bei Vorliegen einer Gegenstimme der Antrag gescheitert sei und die jetzt vorliegende Besetzung der Ausschüsse weiter fortbestehe.

Stadtoberverwaltungsrat **Waliczek** ergänzte, dass ein einheitlicher Wahlvorschlag dann vorliege, wenn die Mehrheit der Ratsmitglieder die von Herrn Offermanns vorgeschlagene Neubesetzung als einheitlichen Wahlvorschlag annehme.

Die im Rat vertretenen Fraktionen sowie der Stadtverordnete Offermanns erklärten daraufhin, über den Vorschlag als einheitlichen Wahlvorschlag abstimmen lassen zu wollen.

Stadtverordneter **Offermanns** erklärte, kein Verständnis dafür aufbringen zu können, dass offensichtlich aus parteipolitischen Erwägungen die Unterstützung seines Vorschlages abgelehnt werde.

Stadtverordneter **Dieckmann** betonte, dass auch eine Besetzung der Ausschüsse nur nach Recht und Gesetz vorgenommen werden könne. Offensichtlich sei mit den Beteiligten nicht ausreichend gesprochen worden. Man wundere sich schon, warum das Angebot diesen Tagesordnungspunkt zu vertagen und eine Abstimmung mit den betreffenden Personen innerhalb der FDP durchzuführen nicht angenommen werden, sondern die Abstimmung unbedingt heute durchgeführt werden solle.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass die Verwaltung die entsprechenden Vorbereitungen zur Durchführung der geheimen Wahl treffen müsse und unterbrach die Sitzung um 19.20 Uhr für 10 Minuten.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung bat Bürgermeister Schmitz-Kröll um Benennung von Abstimmungshelfern.

Von Seiten der Fraktionen und Parteienvertreter wurden hierzu folgende Stadtverordnete benannt: Sven Bildhauer, Peter Fröschen, Thomas Dieckmann.

Hiergegen wurden keine Einwände oder Bedenken hervorgebracht.

Zur eigentlichen Abstimmung standen eine Wahlkabine und eine Wahlurne bereit. Vor der Abstimmung überzeugten sich die Wahlhelfer davon, dass die Urne leer war.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, sich aus gesetzlichen Gründen nicht an der Abstimmung zu beteiligen.

Durch den Schriftführer wurden die Stadtverordneten in alphabetischer Reihenfolge zur Abgabe ihrer Stimme auf einem Stimmzettel, der folgenden Wahlvorschlag enthielt, aufgerufen:

Einheitlicher Wahlvorschlag zur Besetzung des Stadtentwicklungs- und Umweltausschusses mit sachkundigen Einwohnern:

Sachkundiger Einwohner:

Für Herrn Dr. Frank Tuchtenhagen wird Herr Peter Hermanns gewählt.

Stellvertreter für Herrn Hans-Jürgen Mallmann wird Herr Harry Werner gewählt.

Nachdem der im Alphabet letztgenannte Stadtverordnete seine Stimme abgegeben hatte, erklärte **Bürgermeister Schmitz-Kröll** die Abstimmung für geschlossen.

Danach erfolgte die Auszählung der Stimmzettel. Insgesamt wurden 31 Stadtverordnete zur Stimmabgabe aufgerufen. In der Urne befanden sich 31 Stimmzettel. Die Auszählung ergab folgendes

Abstimmungsergebnis:

21 Ja-Stimmen

9 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

0 ungültige Stimmen

Im Anschluss an die Auszählung erklärte **Bürgermeister Schmitz-Kröll**, dass damit der einheitliche Wahlvorschlag nicht einstimmig angenommen worden sei und die Voraussetzungen zum Austausch der Ausschussmitglieder nicht erfüllt seien. Die Besetzung des Stadtentwicklungs- und Umweltausschusses bleibe deshalb nach wie vor bestehen.

15 Erweiterungen zur Tagesordnung

15.1 Antrag der SPD-Fraktion nach § 5 GeschO vom 31.03.2008 betr. Änderung der Gebührensatzung für die Nutzung des städtischen Hallenbades

Schriftführer **Schröder** verlas folgenden Antrag:

„SPD-Fraktion im Rat der Stadt Übach-Palenberg
Heiner Weißborn, Rölkenstraße 35, 52531 Übach-Palenberg

Herrn
Bürgermeister Schmitz-Kröll
Rathausplatz 4
52531 Übach-Palenberg

Übach-Palenberg, den 31. März 2008

Gebührensatzung der Stadt Übach-Palenberg für die Nutzung des städtischen Hallen-Freibades

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die SPD-Fraktion stellt nach § 5 der Geschäftsordnung des Rates folgenden Antrag:

Die Gebührensatzung der Stadt Übach-Palenberg für die Nutzung des städtischen Hallen-Freibades wird wie folgt geändert:

„Schwerbehinderte mit einer Behinderung von 50 % und mehr, zahlen die Eintrittspreise nach dem Tarif für Jugendliche.“

Begründung:

Am 28. März 2006 hat der Rat zum 1. Mai 2006 eine neue Gebührensatzung für das städtische Hallen-Freibad und die Sauna beschlossen.

U.a. wurde beschlossen, dass Schwerbehinderte erst ab einer Behinderung von 70 % und mehr die Eintrittspreise nach dem Tarif für Jugendliche zu zahlen haben. Begründet wurde diese Entscheidung mit den Darlegungen des Bundesfachverbandes öffentliche Bäder e.V., der eine Ermäßigungsregelung ab 50 % Behinderung als nicht mehr der bundesweiten Tendenz entsprechend ansah. Hiergegen hat es erhebliche Interventionen durch die Behinderten gegeben.

Mit dem seinerzeit gefassten Beschluss wurde aber auch verbunden, sich nach geraumer Zeit mit Erfahrungswerten der Neufassung zu beschäftigen.

Ein erster Erfahrungsbericht wurde am 14. Juni 2007 im Schul-, Sport- und Kulturausschuss durch die Verwaltung vorgetragen. Nachdem nunmehr fast ein weiteres Jahr vergangen ist, sind wir der Auffassung, den für die Ermäßigung erforderlichen Grad der Behinderung wieder auf 50 % herabzusetzen.

Wir sind der Meinung, dass ein durch die Schwerbehinderung gegebener Nachteil wieder ab einem Grad der Behinderung von 50 % mit der o.a. Ermäßigung ausgeglichen werden sollte.

Dies ist im Übrigen in all unseren Nachbargemeinden (Alsdorf, Baesweiler, Geilenkirchen, Eschweiler, Herzogenrath) so entsprechend geregelt, mit denen wir bekanntlich in vielerlei Hinsicht in einem Wettbewerb stehen.

Darüber hinaus sind wir der Auffassung, dass es heutzutage deutlich schwieriger geworden ist, eine Anerkennung des Grades der Behinderung von 50 % zu erlangen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Heiner Weißborn
Fraktionsvorsitzender

gez. Paul Josef Gerschel
Stadtverordneter“

Stadtverordnete **Sarasa** gab einen Rückblick auf die Entscheidungen des Rates zur Attraktivitätssteigerung des Hallen-Freibades. Die UWG-Fraktion werde die nunmehr vorgeschlagene Anpassung der Gebührensatzung für Schwerbehinderte mit einer Behinderung von 50 % und mehr mittragen, um dem Bedürfnis vieler Behinderter mit dem vorgenannten Schwerbehindertengrad entgegen zukommen. Sie glaube nicht, dass sich dadurch der Zuschuss der Stadt zum Fehlbedarf des Schwimmbades deutlich erhöhen werde.

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Antrag ebenfalls zustimmen werde.

Auch Stadtverordneter **Offermanns** erklärte seine Zustimmung zum Antrag der SPD-Fraktion.

Beschluss:

Die in der Anlage beigefügte Gebührensatzung der Stadt Übach-Palenberg für die Benutzung des Ü-Bades wird mit folgender Änderung beschlossen: Unter "Allgemeines" Spiegelstrich 6 wird der Prozentsatz von 70 % auf 50% geändert.

(Die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen zu TOP 7 und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

16 Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Stadtoberverwaltungsrat **Waliczek** erklärte, dass in Bezug auf die Wahlberechtigung von ARGE-Mitarbeitern nunmehr eine eindeutige Stellungnahme des Innenministeriums als oberste Kommunalaufsicht ergangen sei. Der Stadtverordnete Weißborn habe die Thematik in seiner Haushaltsrede seinerzeit aufgegriffen, woraufhin die Verwaltung nochmals eine intensive Prüfung durchgeführt habe. Demnach stelle sich die Situation dar, dass nach einem Urteil des Verwaltungsgerichtes Arnsberg bereits nach dem alten Landespersonalvertretungsrecht eine Wahlberechtigung für ARGE-Mitarbeiter nicht vorhanden gewesen sei. Die Frage habe jedoch niemals Relevanz erhalten, da erst jetzt mit der erstmaligen Neuwahl der Personalräte nach Gründung der ARGEen die Frage zu klären war. Sowohl der Städte- und Gemeindebund als auch der Kommunale Arbeitgeberverband hätten in voneinander unabhängigen Prüfungen die Rechtswidrigkeit einer Wahlberechtigung für die ARGE-Mitarbeiter bei den kommunalen Personalratswahlen bestätigt. Auch die Entscheidung des OVG Koblenz sowie die eben erwähnte Entscheidung des Verwaltungsgerichtes Arnsberg hätten hier eindeutig darauf verwiesen, dass ein aktives wie passives Wahlrecht nicht vorhanden sei. Nunmehr habe auch das Innenministerium auf die in vielen Kommunen mittlerweile thematisierte Problematik reagiert und nochmals klargestellt, dass ein aktives wie passives Wahlrecht der an die ARGE abgeordneten Mitarbeiter bei der Personalratswahl in den jeweiligen Städten nicht bestehe.

Stadtoberverwaltungsrat **Waliczek** verwies jedoch darauf, dass die Mitarbeiter der ARGE nicht rechtlos seien. Sofern der Kreis Heinsberg nach Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes die ARGE als Teildienststelle seiner Behörde deklarieren, können für diese separate Personalratswahlen durchgeführt werden. Der Kreis Heinsberg prüfe z.Zt. diese Möglichkeit. Im Übrigen würde auch künftig für alle das Grundverhältnis betreffenden Angelegenheiten der Personalrat der Stadt Übach-Palenberg zuständig sein.

Beigeordneter **Schlüter** erklärte, dass im Rahmen der EuRegionale 2008 am 17.05.2008 eine Veranstaltung auch in Übach-Palenberg durchgeführt werde. Im Rahmen der Eröffnung der Grünmetropole werde eine Oldtimer-Rallye stattfinden, die in Übach-Palenberg vom Autohaus Misch starten werde. Zu dieser Veranstaltung, zu der noch weitere Informationen veröffentlicht werden, seien schon jetzt die Damen und Herren Stadtverordneten herzlich eingeladen.

Bürgermeister Schmitz-Kröll schloss um 19.40 Uhr die öffentliche Sitzung.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Bürgermeister Schmitz-Kröll** um 20.45 Uhr die Sitzung.

Schmitz-Kröll
Bürgermeister

Schröder
Schriftführer